

Verordnung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme des Bayerischen Landesamts für Umwelt, der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, von Behörden auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft, der ärztlichen Stellen nach § 83 StrlSchV und § 17a RöV und der zahnärztlichen Stelle nach § 17a RöV

(Umweltgebührenordnung - UGebO)

Vom 15. Februar 1995

Fundstelle: GVBl 1995, S. 103

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: Überschrift und mehrfach geänd. (V v. 21.5.2007, 360)

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Kostengesetzes (KG) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

(1) 1 Für die Inanspruchnahme des Bayerischen Landesamts für Umwelt, der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, der Regierungen und Landratsämter auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und der Wasserwirtschaftsämter (Behörden), insbesondere für Beratungen, Begutachtungen, Stellungnahmen, Untersuchungen und Ingenieurleistungen, werden Gebühren und Auslagen nach dieser Verordnung erhoben. 2 Die ärztlichen Stellen nach § 83 der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) und § 17a der Röntgenverordnung (RöV) und die zahnärztliche Stelle nach § 17a RöV erheben für ihre Inanspruchnahme Gebühren und Auslagen nach dieser Verordnung. 3 Sie gelten als Behörden im Sinn dieser Verordnung.

(2) Diese Verordnung gilt nicht für Lehrveranstaltungen.

(3) 1 Diese Verordnung gilt ferner nicht für die wiederkehrende Abgabe digitaler Daten (Abonnement) und für die Abgabe von Daten, die über die sich ändernden Veröffentlichungs- oder Produktverzeichnisse der einzelnen Behörden vertrieben werden. 2 In diesen Fällen werden, soweit der Haushaltsplan keine Ausnahmen zulässt, privatrechtliche Entgelte (individuelle Abgabepreise) nach den Bestimmungen des Art. 63 BayHO erhoben, die sich an den Gebühren der GUW-GebO orientieren können.

§ 2

Höhe der Gebühren

(1) Für die im Gebührenverzeichnis (Anlage) aufgeführten und für die mit ihnen vergleichbaren Leistungen bemessen sich die Gebühren nach diesem Verzeichnis.

(2) 1 Für sonstige Leistungen und für den Einsatz besonderer Geräte kann die Behörde besondere Gebührenvereinbarungen treffen. 2 Beim Einsatz eigenen Personals dürfen die nach § 2 Abs. 3 zu erhebenden Gebühren nicht unterschritten werden.

(3) 1 Für das Ausarbeiten von Untersuchungsergebnissen, das Abfassen von Gutachten und für andere, ebenfalls nicht nach Absatz 1 zu bemessende Leistungen, bemisst sich die Höhe der Gebühr nach dem Zeitaufwand. 2 Diese Gebühr beträgt:

je Stunde

1.
für Beamte des

höheren Dienstes oder
vergleichbare Angestellte

80,00 EUR

(160,00 DM),

2.
für Beamte des
gehobenen Dienstes oder
vergleichbare Angestellte

60,00 EUR

(120,00 DM),

3.
für Beamte des
mittleren Dienstes oder
vergleichbare Angestellte
oder Arbeiter

45,00 EUR

(90,00 DM),

4.
für Beamte des
einfachen Dienstes oder
vergleichbare Angestellte
oder Arbeiter

40,00 EUR

(80,00 DM).

3 Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes bleiben Zeiten der An- und Rückreise unberücksichtigt; diese Zeiten sind pauschal bereits in den vorstehenden Stundensätzen enthalten.

(4) Jede angefangene halbe Stunde wird mit 50 v.H. der Sätze berechnet.

(5) 1 Die Mindestgebühr für eine Leistung beträgt 15,00 EUR (30,00 DM). 2 Liegt der Zeitaufwand mehrerer an der Leistung beteiligter Beschäftigter zusammen nicht über einer Stunde, so ist eine Pauschalgebühr von 60,00 EUR (120,00 DM) zu erheben.

(6) Wird ein Antrag zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise bevor die Tätigkeit beendet ist, so sind die Auslagen und in den Fällen der Absätze 1 und 2 je nach Stand der Sachbehandlung eine Gebühr bis zur vollen Höhe der im Gebührenverzeichnis bestimmten oder der vereinbarten Gebühr, sonst die Gebühr nach Absatz 3, zu erheben.

§ 3

Auslagen

(1) Neben den Gebühren werden folgende Auslagen erhoben:

1. Entgelte für Telekommunikationsdienstleistungen sowie Entgelte für Postzustellungsaufträge und Einschreibe- und Nachnahmeverfahren; wird durch Behördenangehörige förmlich oder unter Einhebung von Geldbeträgen außerhalb der Dienststelle zugestellt, so ist derjenige Betrag zu erheben, der bei der förmlichen Zustellung mit Postzustellungsauftrag durch die Post oder bei Erhebung im Nachnahmeverfahren entstanden wäre;
2. Reisekosten im Sinn der Reisekostenvorschriften und sonstige Aufwendungen bei Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb des Dienstgebäudes der Behörde bzw. ihrer Außenstelle;
3. die anderen Behörden, Dienststellen oder Personen für ihre Tätigkeiten zustehenden Beträge,
4. Aufwendungen für besonderen Geräte- und Materialbedarf,
5. Aufwendungen für vorgeschriebene Versicherungen,
6. Aufwendungen für photographische Arbeiten (Aufnahmen, Vergrößerungen, Kontaktkopien, Lichtpausen usw.).

(2) Werden auf einer Dienstreise Tätigkeiten für verschiedene Schuldner vorgenommen, so werden die Auslagen nach Absatz 1 Nr. 2 auf die einzelnen Tätigkeiten unter Berücksichtigung der auf die jeweiligen Verrichtungen verwendeten Zeit und der Entfernung der Orte des Tätigwerdens vom Sitz der Behörde bzw. ihrer Außenstellen angemessen aufgeteilt.

(3) 1 Für die auf besonderen Antrag erteilten Mehrfertigungen, Ablichtungen und Abschriften sind Auslagen zu erheben

1. für Schriftstücke nach Art. 10 Abs. 2 KG,
 2. für technische Unterlagen (z.B. Zeichnungen und Pläne) nach den Gesteungskosten.
- 2 Mehrfertigungen für die öffentliche Ausschreibung von Leistungen und Bauleistungen sind durch den Einbehalt der Entschädigung für die Verdingungsunterlagen nach § 20 VOL/A oder § 20 VOB/A abgegolten.

§ 4

Aufrundung

Der geschuldete Betrag ist auf volle Euro aufzurunden.

§ 5

Schuldner

(1) Zur Zahlung der Gebühren und Auslagen ist verpflichtet,

1. wer die Behörde in Anspruch nimmt,
 2. in wessen Interesse die Inanspruchnahme erfolgt,
 3. wer die Schuld gegenüber der Behörde schriftlich übernimmt.
- (2) Mehrere Schuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 6

Befreiungen

(1) Gebühren und Auslagen werden unbeschadet anderer Vorschriften nicht erhoben für eine Inanspruchnahme der Wasserwirtschaftsämter durch die Bezirke, soweit es sich um Gewässerausbau-, Gewässerunterhaltungs- oder Gewässerpflegemaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung handelt.

(2) 1 Die Behörden des Freistaates Bayern sind von der Zahlung von Gebühren und Auslagen befreit. 2 Die Höhe dieser Beträge ist mitzuteilen, wenn die Beträge einem Dritten auferlegt werden können. 3 Landratsämter bei der Wahrnehmung von Staatsaufgaben sind nur insoweit von der Zahlung befreit, als sie nicht berechtigt sind, die Gebühren und Auslagen einem Dritten aufzuerlegen oder sie von einem Dritten nicht einziehen können. 4 Nicht befreit sind die Behörden des Freistaates Bayern von der Zahlung der

Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme der ärztlichen Stellen nach § 83 StrlSchV und § 17a RöV und der zahnärztlichen Stelle nach § 17a RöV.

(3) Auskünfte, Ratschläge und Anregungen einfacher Art sind gebührenfrei.

§ 7

Abstandnahme von Gebührenerhebungen

(1) Von der Erhebung von Gebühren kann abgesehen werden, soweit

1. an der Durchführung der Leistungen ein besonderes wissenschaftliches oder öffentliches Interesse besteht oder

2. Ergebnisse wissenschaftlicher oder wasserwirtschaftlicher Untersuchungen, die die Behörde aus eigener Initiative durchgeführt hat, interessierten Personen oder Stellen bekanntgegeben werden.

(2) Die Gebührenbefreiung nach Absatz 1 entbindet nicht von der Zahlung der Auslagen, ausgenommen es besteht ein dienstliches oder öffentliches Interesse, Personen oder Stellen über bestimmte Ergebnisse zu unterrichten.

§ 8

Fälligkeit, Vorschuß, Zurückbehaltungsrecht

(1) Die Gebühren und Auslagen werden mit der Beendigung der Tätigkeit, in den Fällen des § 2 Abs. 7 mit der Zurücknahme oder der vorzeitigen Erledigung des Antrags, fällig.

(2) 1 Eine Tätigkeit, die auf Antrag vorgenommen wird, kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses abhängig gemacht werden. 2 Urkunden, Schriftstücke, Zeichnungen und dergleichen können bis zur Bezahlung der geschuldeten Gebühren und Auslagen zurückbehalten oder an den Schuldner unter Nachnahme übersandt werden.

§ 9

Unrichtige Sachbehandlung

Gebühren und Auslagen, die durch unrichtige Sachbehandlung der Behörde entstanden sind, werden nicht erhoben.

§ 10

Schlußbestimmungen

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1995 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Verordnung über Gebühren und Auslagen des Bayerischen Geologischen Landesamts in München, des Bayerischen Landesamts für Umweltschutz in München und der Bayerischen Landesanstalt für Wasserforschung in München (GUWGebO) vom 13. November 1985 (GVBl S. 763, BayRS 2013-2-6-U), geändert durch Verordnung vom 16. Januar 1990 (GVBl S. 18),

2. Verordnung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme von Behörden auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft (Wasserwirtschafts-Gebührenordnung - WasGebO) vom 29. Oktober 1987 (GVBl S. 396, BayRS 753-3-U), geändert durch Verordnung vom 28. Januar 1991 (GVBl S. 54).

(3) Werden ab Inkrafttreten dieser Verordnung Gebühren für Tätigkeiten fällig, die vor diesem Zeitpunkt begonnen wurden, so bemißt sich die Gebühr nach den zum Zeitpunkt des Beginns der Tätigkeit gültigen Vorschriften, wenn der Schuldner nicht darauf hingewiesen wurde, daß die Gebühr nach den am Fälligkeitstag geltenden Vorschriften bemessen wird.

München, den 15. Februar 1995

Anlage
(zu § 2 Abs. 1 GUW-GebO)

Gebührenverzeichnis

1 Dieses Gebührenverzeichnis gilt für die Inanspruchnahme des Bayerischen Landesamts für Umwelt, der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, der Regierungen und Landratsämter auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und der Wasserwirtschaftsämter (Behörden) für die Abgabe vorhandener Daten, Probenentnahme, Probenaufbereitung und Analytik, Ingenieurleistungen und besondere, im einzelnen aufgeführte Gebührentatbestände. 2 Dieses Gebührenverzeichnis gilt auch für Maßnahmen der Qualitätssicherung der ärztlichen Stellen nach § 83 StrlSchV und § 17a RöV und der zahnärztlichen Stelle nach § 17a RöV.

1. In den Gebührensätzen des Gebührenverzeichnisses sind solche Aufwendungen nicht enthalten, für die nach § 3 der Verordnung Auslagen zu erheben sind.
 2. Umfasst ein Auftrag mehrere gleiche oder nur unwesentlich verschiedene Untersuchungen oder Einzelproben innerhalb desselben Gesamtvorhabens, so wird die Gebühr für die erste Untersuchung bzw. erste Probe voll berechnet, für jede Wiederholung kann die Gebühr bis zu 50 v.H. ermäßigt werden.
 3. Für eilige Proben kann ein Zuschlag von 30 v.H. erhoben werden.
 4. Sonderuntersuchungen, die eine Methodenerarbeitung erforderlich machen, werden gesondert nach Aufwand gemäß § 2 Abs. 2 der Verordnung berechnet.
 5. Die ärztlichen Stellen nach § 83 StrlSchV und § 17a RöV und die zahnärztliche Stelle nach § 17a RöV erheben für ihre Maßnahmen der Qualitätssicherung Gebühren nach dem in Nr. 7 festgelegten Rahmen.
- Allgemeine Berechnungsgrundsätze:

Die Preise für die einzelnen Analyseverfahren beziehen sich, wenn nichts anderes vermerkt ist, auf die Bestimmung der jeweiligen Parameter in wässriger Matrix. Um dem erhöhten Aufwand für die Analyse und Probenaufbereitung von Feststoffproben Rechnung zu tragen, ist für diese Proben jeweils die Gebühr für die erforderliche Probenaufbereitung (vgl. Abschnitt 3) zusätzlich zu erheben.

Inhaltsübersicht

1. Abgabe von bereits in Datensammlungen vorliegenden Daten
 - 1.1 Abgabe auf Papier
 - 1.2 Abgabe auf Datenträger
 - 1.3 Mindestgebühr
2. Manuelle Probenentnahme
 - 2.1 Probenentnahme von Boden und ähnlichen Feststoffen
 - 2.2 Probenentnahme von Abfällen
 - 2.3 Probenentnahme von Schlämmen
 - 2.4 Probenentnahme von Wasser
 - 2.5 Probenentnahme von Gewässer-Sedimenten

2.6 Probenentnahme von Gasen oder Luft

3. Probenaufbereitung

3.1 Mischen (Homogenisierung)

3.2 Trocknen

3.3 Brechen

3.4 Mahlen

3.5 Trocknen/Fraktionieren, Sieben (max. 2 Fraktionen)/Mahlen

3.6 Zentrifugieren

3.7 Extraktion

3.8 Destillation

3.9 Elutionen einschließlich aller Schritte bis zur Analyse

3.10 Veraschen, Bombenaufschlüsse

3.11 Aufschluss mit Säuren, Laugen, in Glasapparatur oder Mikrowelle

3.12 Totalaufschluss

3.13 Zusätzliche Probenaufbereitung z.B. mittels Säulen- oder Gelpermeations-Chromatographie, Ionenaustauscher, Elektrodeposition bei schwierigen Matrices

3.14 Herstellen von Pulverpräparaten oder Presstabletten für Röntgen-, Infrarotuntersuchungen o.ä.

4. Allgemeine Analytik für alle Medien

4.1 Physikalisch-chemische Parameter

4.2 Anorganische Parameter

4.3 Organische Parameter

4.4 Biologisch-ökologische Parameter

4.5 Mikrobiologische Parameter

4.6 Biologische Testverfahren mit Wasserorganismen, Toxizitätsteste

4.7 Fischuntersuchungen

4.8 Radiologische Parameter

4.9 Mikroskopie

5. Ingenieurleistungen

5.1 Grundlagen der Gebühr

5.2 Anrechenbare Kosten

5.3 Gebührenzone

5.4 Leistungsbild

5.5 Gebührentafel

5.6 Auslagen

6. Besondere Gebührentatbestände

6.1 Spezielle Untersuchungen an Gesteinen und Böden

6.2 Hydrologische und wasserchemische Untersuchungen

6.3 Lärm-, Erschütterungs- und Licht-Untersuchungen

6.4 Spezielle radiologische Untersuchungen

6.5 Spezielle Luft- und Abgas- und sonstige Untersuchungen

6.6 Analytische Qualitätssicherung der Labors (AQS)

7. Maßnahmen der Qualitätssicherung der medizinischen Strahlenanwendung

7.1 Maßnahmen der Qualitätssicherung durch die ärztliche Stelle nach § 83 StrlSchV

7.2 Maßnahmen der Qualitätssicherung durch die ärztlichen Stellen nach § 17a RöV

7.3 Maßnahmen der Qualitätssicherung durch die zahnärztliche Stelle nach § 17a RöV